

Gewerkschaften und Kultur - Überlegungen zu einer Erweiterung gewerkschaftlicher Themenbereiche

Dr. Rainer Erd, geb. 1944 in Gladenbach, ist Privatdozent für Soziologie und Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main.

I.

Gegenwärtig wird das begriffliche Instrumentarium der Gewerkschaftssoziologie zu Grabe getragen. Wo einst von standardisierter Massenproduktion die Rede war, spricht man heute von flexibler Spezialisierung. Nicht mehr Zentralisierung industrieller Produktion, sondern Dezentralisierung steht im Zentrum von Managementstrategien. Und nicht mehr der Nachweis von Klassen wird versucht, sondern ihre Auflösung in individualisierte Lebenslagen. All diese vielfältig beschriebenen Tendenzen industrieller Beziehungen einmal als zutreffend angenommen, stellt sich die Frage nach den Folgen für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Denn diese ist für eine industrielle Situation konzipiert worden, in der Phantasie, Kreativität und Kommunikation, heute allenthalben erwünscht, nicht nachgefragt worden ist.

Eine Erweiterung des klassischen Themenkatalogs gewerkschaftlicher Interessenvertretung scheint noch aus einem anderen Grund erforderlich zu sein. Mit zunehmender Freizeit - sei es als Folge gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik, sei es als Resultat struktureller Arbeitslosigkeit - wird das Problem drängend, was Arbeitnehmer in dieser Zeit tun. Die Privatisierung von Massenmedien stellt die Antwort der Kulturindustrie auf diese Frage dar. Konservative Parteien reagieren in Großstädten mit einer in der Nachkriegsgeschichte einzigartigen Erweiterung kultureller Angebote. Und Unternehmen entdecken erneut die integrative Bedeutung sozialer und kultureller Aktivitäten. Wollen Gewerkschaften die Organisation der - von ihnen zum Teil durchgesetzten - Freizeit nicht den politischen Gruppierungen überlassen, mit denen sie fundamentale Kontroversen austragen, dann sind Diskussionen zur Erweiterung ihrer Themenbereiche unumgänglich.

Offensichtlich ist, daß die klassischen Themen gewerkschaftlicher Politik, Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, zwar weiterhin von Bedeutung sind, sie jedoch zunehmend dem Interesse an postmateriellen Werten weichen. Wahlsoziologen ist das Phänomen bekannt, daß im vergangenen Jahrzehnt die traditionellen Stammwählergruppen zusammengeschmolzen sind und der sogenannte Wechselwähler zum bestaunten Faszinosum der Politiker und zum begehrten Studienobjekt der Wissenschaft geworden ist. Hintergrund dieser Entwicklung ist der soziale Wandel der Berufsstruktur, der beispielsweise in einem typischen Dienstleistungszentrum wie der Stadt Frankfurt am Main zur Folge hatte, daß sich zwischen 1961 und 1977 der Prozentsatz der Beschäftigten im Industriebereich von 41 auf 29 reduziert, im tertiären Bereich hingegen von 57 auf 68 erhöht hat.¹ Der damit einhergehende Zerfall klassischer Sozialmilieus führte dazu, daß die Sozialdemokratische Partei ihre seit dem Zweiten Weltkrieg weitgehend stabile Wählerbasis verloren hat und an die konservative Partei abtreten mußte. In der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Frankfurt ist daraufhin eine langjährige Strategiedebatte entstanden, die mit einem Sieg für die „Modernisierer“ vorläufig beendet worden ist. Aus den Analysen der Modernisierer lassen sich Schlußfolgerungen auch für die Frage ableiten, welche Konsequenzen Gewerkschaften aus gegenwärtigen Individualisierungsprozessen ziehen können.

Ein von den Modernisierern in der SPD formuliertes Strategiepapier geht davon aus, daß der moderne Wechselwähler (40 Prozent in Frankfurt), der zukünftig Wahlen entscheidet, sich nicht mehr allein von materiellen, sondern gleichermaßen von postmateriellen Werten wie Autonomie, Partizipation, Gleichheit, Kultur, Umweltschutz leiten läßt?² Diese Wählergruppe, die sich vorwiegend aus jungen, hochqualifizierten Akademikern, Angestellten und aufsteigenden Facharbeitern zusammensetzt, steht gewerkschaftlicher Organisation einerseits offen gegenüber, weil Gewerkschaften - im Gegensatz zu konservativen Parteien - postmaterielle Werte wie Partizipation und Gleich-

1 K. Schacht, Wahlentscheidung im Dienstleistungszentrum Opladen 1986, S. 96 f.

2 M. Wentz, Der soziale Wandel in der Dienstleistungsgesellschaft und seine Auswirkungen auf die Politik der Frankfurter SPD, hekt. Manuskript, 1986.

heit programmatisch vertreten. Andererseits jedoch finden diese Gruppen häufig nicht den Weg in eine Gewerkschaft, weil sie durchschauen, daß zwischen Programmatik und Realität eine tiefe Kluft besteht. Daß sich solche Gruppen eher bei den Grünen aktiv engagieren als bei Gewerkschaften und der Sozialdemokratie hegt in ihrer Abneigung gegenüber zentralistisch-hierarchisch strukturierten Großorganisationen begründet, die kontroversen Debatten wenig Raum geben, weil sie keine Streitkultur ausgebildet haben. Die Modernisierungsflügel der SPD, wie übrigens auch der CDU, legen deshalb großen Wert darauf, eine Streitkultur, die die Probleme moderner Gesellschaften in umfassender Weise thematisiert, zu entwickeln.

Aus dem Zusammenspiel von materiellen und postmateriellen Werten wird eine Programmatik entstehen müssen, die für die neuen sozialen Schichten attraktiv ist: materieller Wohlstand, soziale Sicherheit und Solidarität auf der einen und individuelle Autonomie, Kreativität, Partizipation und Gleichheit auf der anderen Seite. Während einerseits die traditionelle Interessenvertretungspolitik modifiziert fortgeschrieben werden muß, scheint sich andererseits als einigendes Band der postmateriellen Werte „Kultur“ anzubieten. Auffallend ist, daß alle politischen Parteien als Zeichen ihrer Fortschrittlichkeit ein Plädoyer für die Verbreitung der Kultur als Element des Alltags ablegen. „Kultur“, heißt es etwa in den Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik für Frankfurt am Main, „wird für immer mehr Menschen ein wichtiger Bestandteil des Alltagslebens“.³ Und ein konservativer Autor fragt sogar, ob sich heute eine Abkehr von der Arbeits- zur Kulturgesellschaft feststellen läßt.⁴ Der aktuellen und potentiellen Bedeutung von Kultur für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung soll deshalb näher nachgegangen werden.

II.

Für Koslowski zeichnet sich die Moderne durch eine Ausdifferenzierung von Wirtschaft, als System zweckrationalen Handelns, und Kultur, als von moralischen Normen gesteuertes System der Sinnbildung, aus. Während im System Wirtschaft die Orientierung an der Anhäufung materiellen Wohlstands zum Triebverzicht führt, setzt das kulturelle System, in dem Menschen als Konsumenten auftreten, das Gegenteil, den Hedonismus, voraus. Die postmoderne Gesellschaft, als deren Vorkämpfer sich Koslowski versteht, mache die Ausdifferenzierung von Wirtschaft und Kultur zugunsten einer „kulturellen Kontextbildung in der Wirtschaft“⁵ wieder rückgängig. Erreicht werden soll die Integration von „ökonomischer Effizienz, Wirtschaftsethik und Ästhetik“.⁶ Hinter diesem Plädoyer für die Integration von Wirtschaft und Kultur steht eine industriesoziologische Einsicht, die Koslowski folgendermaßen formuliert: „Die postindustrielle Wirtschaft erfordert eine stärkere

³ Frankfurter Rundschau v. 4.11.1987.

⁴ P. Koslowski, Die postmoderne Kultur. Gesellschaftlich-kulturelle Konsequenzen der technischen Entwicklung, München 1987, S. 112 ff.

⁵ Koslowski, S. 104.

⁶ Koslowski, S. 105.

Beachtung des menschlichen Faktors. Ästhetische und kulturelle Dimensionen des Arbeitsalltags der Produktion, der Freizeit und des Konsums müssen in einer Wirtschaft, die von der Quantität der materiellen Güterproduktion zur Qualität einer Dienstleistungsgesellschaft übergeht, stärker beachtet werden. Die kulturellen Erwartungen an Firmen nehmen mit der Höherqualifikation der Arbeitenden und den höheren Leistungsanforderungen an die Arbeit im mikroelektronischen Zeitalter zu. Der Übergang von der energie- zur informationsverarbeitenden Maschine ersetzt Energie und Materie durch Wissen. Dies hat auch Rückwirkungen auf den zunehmend geistigeren, von Symbolen und kulturellem Sinn bestimmten Charakter der Arbeit.⁷

Koslowskis auf den ersten Blick sympathische Vision einer kulturell angeereicherten Wirtschaft enthält weitere Elemente, denen man vorbehaltlos zustimmen möchte. Die Produktionskultur der Dienstleistungsgesellschaft, so der Autor, trägt die Züge einer „kommunikativen und kontextuellen, postmodernen, ‚weiblichen‘ Produktionskultur“, während er die Industriegesellschaft als „funktions- und mengenorientierte, moderne, ja ‚männliche‘“ beschreibt.⁸ Dementsprechend soll die moderne Produktionskultur keine hierarchische, sondern eine kooperative Organisationsstruktur aufweisen. Da jedoch Elemente der Industriegesellschaft weiter bestehen bleiben, werden sich in der postmodernen Dienstleistungsgesellschaft „weibliche“ und „männliche“ Produktionskulturen vermischen. Dem Wandel der Produktionskultur entspricht in Koslowskis Sicht auch eine fundamentale Veränderung in der Konsumkultur. „Die Konsumkultur der Gegenwart geht vom Massenkonsum zum ästhetisch anspruchsvollen Konsum über.“⁹ Das verstärkte Konsuminteresse an der ästhetischen Form von Gütern stellt das Einfallstor für kulturelle Aktivitäten dar.

Aus dieser Analyse nun zieht Koslowski strategische Schlußfolgerungen, die für eine neu zu bestimmende gewerkschaftliche Politik von allergrößter Bedeutung sein können. Den beiden Polen Produktions- und Konsumkultur folgend, schlägt der Autor eine Veränderung des Arbeitsprozesses in der Weise vor, daß dieser nicht mehr allein zweckrationalen Motiven der Profitproduktion folgt, sondern gleichermaßen „Sinn- und Kommunikationsbedürfnisse“ der Beschäftigten befriedigt. „Es müssen deshalb Produktionsformen erforscht und erprobt werden“, schreibt Koslowski, „die nicht nur über Effektivitätssteigerung des Mittels Arbeit die für den Zweck Konsum verfügbare Gütermenge erhöhen, sondern unter Umständen bei Reallohneinbußen die Sinn- und Kommunikationsbedürfnisse in der Arbeit besser erfüllen. Solche Arbeitsformen sind Formen selbständiger oder genossenschaftlich organisierter Arbeit und Formen, die die Trennung von Freizeit und Arbeit, Wohnung und Betrieb, Konsumfinalität und Selbstzwecklichkeit von Arbeit

7 Ebda.

8 Koslowski, S. 106.

9 Ebda.

abschwächen oder aufheben. In Arbeitsformen dieser Art werden Reallohn und Konsummöglichkeiten durch Vermehrung von Sinn und Kommunikation, von Arbeitsbefriedigung schlechthin, ersetzt, das heißt eine Reallohnminderung (! RE) wird durch Sinnsteigerung (! RE) kompensiert.“¹⁰

Wer dem Autor bislang mit wohlwollendem Interesse gefolgt ist, wird spätestens an diesem Punkt der Argumentation stutzen, selbst wenn Koslowski ein Plädoyer für selbstorganisierte Betriebe ablegt. Denn es drängt sich die Frage auf, ob neben Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen in Zukunft „Sinn“ ein tarifvertraglich regelbarer Gegenstand sein wird. Koslowskis Vorschlag, Lohn gegen Sinn in der Weise zu verrechnen, wie es etwa in der Arbeitszeitpolitik geschieht, in der Zeit gegen Geld verrechnet wird, ist nur dann plausibel, wenn Sinn tarifvertragsfähig gemacht werden kann. Erfolge in der Lohnpolitik allein, soviel ist bekannt, reichen nicht hin, um Menschen die Möglichkeit zu geben, ein ihren Vorstellungen entsprechendes Leben zu führen. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die stets begleitet ist von einer verstärkten Teilnahme an der industriell erzeugten Freizeitkultur, konfrontiert Menschen auch mit einer Reihe von Problemen, die sie im Verein mit der Kulturindustrie nicht lösen können. Bliebe allein eine Politik der Veränderung von Arbeitsbedingungen, die zu einer verstärkten Befriedigung menschlicher Bedürfnisse („Sinn“) beiträgt. Die Veränderung der Betriebskultur könnte einen Weg darstellen, die Arbeitszufriedenheit zu erhöhen.

Dieses Thema ist in der gewerkschaftlichen Diskussion keineswegs neu. Seitdem über Mitbestimmung diskutiert wird, ist - in der Sprache Koslowskis - „Sinn“ Gegenstand gewerkschaftlicher Politik. Und dennoch würde der Verweis auf Erfolge in der Mitbestimmungspolitik, die sich in so umfangreichen Gesetzgebungswerken wie dem Betriebsverfassungsgesetz niederschlagen, das eben formulierte Problem sogleich wieder verdrängen. Denn die gesetzlich verfügte Mitbestimmung schreibt allein vor, daß gewählte Vertreter an Beratungen über *Folgen* von Managemententscheidungen beteiligt sind. Weder hat Mitbestimmung die Arbeitsformen verändert, noch gewährt sie Einfluß auf die Arbeitsinhalte. Sie ist vorwiegend folgenorientiert. Die Politik von Gewerkschaften und Unternehmern in der amerikanischen Automobilindustrie, die sich auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes bezieht (Quality of Working Life), ist ein Beispiel dafür, wie eine über Mitbestimmung hinausgehende Konzeption aussehen kann, wenngleich das amerikanische Beispiel darin seine Grenze hat, daß es auf die Gestaltung der Arbeitsformen beschränkt bleibt. Unabhängig davon jedoch enthält die Politik der „Quality of Working Life“ Elemente eines neuen Verständnisses von Arbeit, das über die traditionelle Tarifpolitik hinausgeht.¹¹

Auch in der Bundesrepublik existieren seit geraumer Zeit Experimente mit Qualitätszirkeln. Von den Unternehmensleitungen initiiert, basieren sie auf

¹⁰ Koslowski, S. 110 f.

¹¹ Th. A. Kochan/H. Katz/R. B. McKersie, *The Transformation of the U. S. Industrial Relations*, New York 1986, S. 148 ff.

der Idee, daß moderne, flexible Produktionsformen in hohem Maße auf die Mitarbeit der abhängig Beschäftigten angewiesen sind. Aus ökonomischen Gründen versuchen Unternehmer, Partizipationsformen der unterschiedlichsten Art einzuführen. Weil sie davon ausgehen, daß das Wissen um Probleme der Arbeitsorganisation und der Arbeitsgestaltung bei den Beschäftigten am höchsten ist, wollen sie dieses Wissen im Interesse einer größeren Rentabilität nutzbar machen. So finden sich heute in einer Reihe von Betrieben in den unterschiedlichsten Branchen betriebliche Vereinbarungen über Beteiligungsformen zur Arbeitsplatzgestaltung und zur Arbeitsorganisation, Beschwerdeprogramme, Mitarbeiterbefragungen, Vorgesetztenbeurteilungen von unten, kurzum: Vereinbarungen über die Beteiligung von Beschäftigten in Bereichen, die bislang im Rahmen tayloristischer Verfahren als mitbestimmungs- oder mitberatungsungeeignet galten.¹² Die in Großbetrieben, aber zunehmend auch in mittleren Betrieben zu beobachtende Tendenz, von Seiten der Unternehmensleitung Kooperation und Kommunikation zu fördern, kommt neben neuen betrieblichen Bedingungen auch den gesellschaftlichen Entwicklungstrends entgegen, die mit dem Begriff „Individualisierung“ beschrieben werden. Gewerkschaften, die sich auf solche Kooperationsformen einlassen, werden freilich berücksichtigen müssen, daß diese keineswegs - wie Koslowski suggeriert - einer Humanisierungslogik, sondern der Logik ökonomischer Rationalisierung folgen. Deshalb sind Unternehmer nicht selten bedacht, solche Kooperationsformen ohne vertragliche Absicherung an den gewerkschaftlichen und betrieblichen Gremien vorbei einzuführen. Zu einer Veränderung der Betriebskultur werden solche Kooperationsprogramme nur dann beitragen können, wenn sie von Unternehmerseite nicht behebigerwiderrufbar sind. Selbst dann jedoch, wenn es geringen sollte, im Rahmen zukünftiger Tarifverhandlungen Rahmenvereinbarungen über betriebliche Kooperationen zu treffen, werden diese nicht gegen Geldleistungen aufrechenbar sein, da sie sich der Monetarisierung entziehen. Lohn gegen Sinn aufzurechnen wird deshalb tarifvertraglich nicht möglich sein, weil Sinn keine quantifizierbare Größe darstellt.

Die Veränderung der Betriebskultur ist aber nur eine Seite der in jüngster Zeit verstärkt diskutierten Bedeutung von Kultur für gesellschaftliche Reproduktion. Nicht minder große Bedeutung wird von konservativer Seite dem Problem beigemessen, daß mit der Vermehrung freier Zeit, sei es durch Arbeitszeitverkürzung oder durch Arbeitslosigkeit, die Frage entsteht, in welcher Weise diese Zeit vom einzelnen genutzt wird. Koslowskis Überlegungen hierzu sehen so aus: „Mit der Vermehrung der Freizeit und der Bildungspausen werden Kunst, Spiel, Wissenschaft und Spiritualität, der ganze Reichtum der Kultur, einen wichtigeren Ort in unserem Leben einnehmen. Dies ist eine besondere Chance für die Philosophie und Religion. Eine solche Entwicklung kann das Ende der Moderne als einer Gesellschaft, die primär durch die Wirtschaft bestimmt war, bedeuten und die Rückkehr zu einer religiös-spirituell-künstlerisch bestimmten Gesellschaft einleiten . . . In diesem Sinne ist die

¹² Ausführlich: Die Mitbestimmung 11/1987.

gegenwärtige wirtschaftliche Lage eine Chance zur menschlichen Selbstverwirklichung - nicht als Befreiung von der Arbeit, sondern als Befreiung zur eigentlichen menschlichen Tätigkeit.“¹³ Aus dieser Interpretation der Entwicklungstendenz moderner Gesellschaften leitet sich zwanglos die Forderung ab, daß neben dem Staat auch Unternehmen in Zukunft zur Förderung der Kultur beitragen müssen - im eigenen wirtschaftlichen Interesse. Die Überlegung vom Ende der Arbeitsgesellschaft und dem Anfang der Kulturgesellschaft liegt in der Logik dieser Gedankengänge.¹⁴

Wenn man nach den politischen Konsequenzen aus diesen Überlegungen fragt, muß man die kommunale Kulturpolitik solcher Städte analysieren, die seit einiger Zeit von konservativen Politikern regiert werden. Zunächst fällt auf, wenn man etwa eine Stadt wie Frankfurt am Main betrachtet, die sich im vergangenen Jahrzehnt am fundamentalsten von allen deutschen Großstädten verändert hat, daß der Kulturetat überdurchschnittlich hoch ist. In Frankfurt am Main beispielsweise beträgt er heute 11 Prozent des Gesamthaushalts (gegenüber 6 Prozent 1970).¹⁵ Schaut man sich die Verwendung der Gelder an, dann lassen sich die Probleme einer konservativen kulturellen Sinnstiftung benennen. Im Zentrum kultureller Förderung stehen Projekte, die auf die durchschnittlichen Konsumbedürfnisse mittelständischer Besuchergruppen zielen. Gesellschaftliche Minderheiten, seien es Ausländer, sich alternativ verstehende Jugendgruppen, Homosexuelle, feministische Frauenprojekte, Kinder usw., kommen als Förderungsadressat entweder überhaupt nicht oder so am Rande vor, daß sie mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln nur schwerlich eine eigenständige Kultur entwickeln können. Ganz im Gegensatz dazu wird die sogenannte Hochkultur (Opern- und Konzertbetrieb, Theater, Museen, symbolträchtige Architektur etc.) durch großzügige Mittelvergabe unterstützt. Zielt somit die kommunale Kulturförderung vorwiegend auf die soziale (Mittel-)Schicht, die heute über den Ausgang von Kommunalwahlen entscheidet, so orientieren sich diese Kulturformen weitaus mehr an einem konsumbegierigen Publikum als an sozialen Gruppen, denen Aufklärung über gesellschaftliche Strukturen und ihre Revision ein Anliegen ist. Im Gegensatz zu einer „aufklärerischen Kultur“ könnte man den vorwiegend geförderten Kulturtypus als „Anschauungskultur“ bezeichnen. Sie spricht den Kulturinteressierten nicht als lernbegieriges Individuum an, dem Kultur eine Form der Verarbeitung individueller und sozialer Probleme ist, sie wünscht ihn sich als stummen Konsumenten einer chic präsentierten Ware, die mehr dem Vergessen als dem Erinnern förderlich sein soll.

In diesem konservativen Kulturverständnis, das aufs Vergessen von Modernisierungsproblemen zielt, spiegelt sich die Grundstruktur konservativer Intellektualität wider, die ihren philosophischen Ausdruck im Plädoyer für eine kompensatorische Geisteswissenschaft findet. Schnädelbach hat gezeigt, daß der Neokonservatismus sich vorwiegend auf den Bereich der Kultur

13 Koslowski, S. 116.

14 Koslowski, S. 112.

15 Kulturhandbuch Frankfurt 1987, S. 21.

beschränkt, im wesentlichen Kulturkonservatismus ist. Der Neokonservatismus betrachtet jeden Widerstand gegen die technisch-wissenschaftliche Modernisierung als sinnlos, weil dieser Prozeß unaufhaltsam sei. Als Entschädigung für die Probleme der Moderne bietet er statt dessen den „Abschied von der Idee des Fortschritts als kulturelle Modernisierung“ an.¹⁶ Die Anerkennung der gesellschaftlichen Moderne verbindet sich so für den Neokonservatismus mit der Ablehnung einer kulturellen Moderne. Die kulturelle Postmoderne stellt Ersatzbefriedigungen für die Probleme zur Verfügung, die die gesellschaftliche Moderne hervorbringt. Die Aufwertung der Geistes- gegenüber den Sozialwissenschaften ist die Praktizierung eben dieses Mechanismus im Bereich der Wissenschaft.

Die von Konservativen erhoffte „Stabilität durch Kompensation“ stellt indes ein normatives Modell dar, das an den Funktionserfordernissen komplexer sozialer Systeme scheitert. Denn wenn der Ausgangspunkt unserer Überlegungen zutreffend ist, daß moderne industrielle Produktionskonzepte in hohem Maße auf Initiative, Kreativität, Kommunikation und Kooperation der abhängig Beschäftigten angewiesen sind und wenn die vielfach zu beobachtende Managementpolitik, individuelle Eigenständigkeit zu fördern, ein Resultat dieser objektiven Veränderungen ist, dann muß sich auch ein Kulturkonzept an diesen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen bewähren. Allein die Vermittlung hermeneutischen und narrativen Wissens, an der konservativen Kulturphilosophen alles hegt, wird den Interessen selbstbewußter moderner Arbeitnehmer auf Dauer nicht gerecht. Weitaus plausibler ist die These, daß eine *Krisentheorie der Moderne* und die daraus resultierende Kulturpolitik den kulturellen Interessen von Bürgern gerecht wird. Im Gegensatz zu einem kompensatorischen Kulturbegriff, der im Wege des problemlosen Kulturkonsums Ersatz für die Beschädigungen der Moderne liefern will, soll unter einem kritischen Kulturbegriff verstanden werden, daß auch in der lebensweltlichen, kulturellen Sphäre menschlicher Reproduktion die Reflexion über die Probleme der Moderne nicht ausgeschlossen ist. Das verbietet nicht, sich Traditionen anzueignen. Eine solche Aneignung soll jedoch kein Ersatz für Diskussionen über Gegenwart und Zukunft moderner Gesellschaften sein. Kultur als *Reflexion von Modernisierungskrisen* will das in den verschiedenen kulturellen Medien kontrovers debattieren, was die Existenz moderner Gesellschaften bedroht.

So gesehen verblaßt der zunächst strahlende Stern konservativer Kulturpolitik rasch zu einem Mittel, sich den Problemen moderner Gesellschaften zu entziehen. Nicht nur für moderne Gesellschaften, die auf die Reflexivität von Subjekten angewiesen sind, ist dies ein unangemessener Kulturbegriff, auch eine Neubestimmung gewerkschaftlicher Politik, die in der kulturellen Reproduktion von abhängig Beschäftigten einen ihrer Schwerpunkte sieht, kann von daher nicht ihren Ausgangspunkt nehmen. Sowohl aus objektiven Gründen der Veränderung moderner Produktionsformen wie aus den normativen

16 H. Schnädelbach, Kritik der Kompensation, in: Kursbuch 91 (1988), S. 36.

Ansprüchen jeder Gewerkschaft, zu Verbesserung der Lebensbedingungen abhängig Beschäftigter beizutragen, sind Gewerkschaften gehalten, einen kritischen Begriff von Kultur zu entwickeln, von dem aus sich Aussagen darüber machen lassen, wie eine die private Reproduktion von Individuen betreffende gewerkschaftliche Kulturpolitik aussehen könnte.

Für eine kulturpolitische Konzeption der Gewerkschaften folgt daraus, daß sie nur dann die Gefahr vermeidet, gesellschaftliche Probleme zu harmonisieren, wenn sie daran festhält, daß trotz fundamentaler Veränderungen in den Formen der kapitalistischen Produktion, die bürgerliche Gesellschaft einen Herrschaftszusammenhang darstellt, der es prinzipiell unmöglich macht, daß individuelle Befreiung in der Arbeit möglich ist. Nicht der Arbeiter als Künstler - wie Koslowski meint - ist ein zutreffendes Bild des modernen abhängig Beschäftigten, sondern der aus traditionellen sozialen Zusammenhängen entlassene Arbeitnehmer, der im Beruf und in der Freizeit über größere Autonomiespielräume verfügt als sein historischer Vorgänger. Trotz aller Veränderung bleibt die bürgerliche Gesellschaft Kapitalismus und sperrt sich damit gegen Koslowskis Einschätzung: „Unsere Gesellschaft ist eine Gesellschaft der gemischten Verfassung, sie ist weder Kapitalismus noch Etatismus noch Sozialismus.“¹⁷

III.

Wenn das Thema Gewerkschaften und Kultur diskutiert wird, dann klingt stets die These vom „Ende der Arbeiterkultur“ an. Diese behauptet, daß es vom 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts einen gesellschaftlichen Bereich der Kultur gab, der sich grundsätzlich von der „bürgerlichen“ Kultur unterschied. Tatsächlich jedoch wird man den Charakter der Arbeiterkultur besser erfassen können, wenn man sie als das Erlebnis des Mangels einer gesellschaftlichen Klasse versteht, deren ganzes Bemühen darauf gerichtet war, die soziale Situation der Unterprivilegierung zu überwinden. Von Arbeiterkultur im nachdrücklichen Sinne sprechen zumeist nur politische Gruppen, die von ihr einen spezifischen Beitrag zur Überwindung der bürgerlichen Kultur erwarten. Tenfelde hat demgegenüber zu Recht darauf hingewiesen, daß „die Kultur der deutschen Arbeiter... nicht etwa bürgerlicher Hegemonie (erlag), sie verbürgerlichte nicht, sondern Bürgerlichkeit war ihr eingeboren.“¹⁸ Sofern man unter „Arbeiterkultur“ die Lebensweise von abhängig Beschäftigten versteht, ist dieser Drang nach Anerkennung bürgerlicher Lebensweisen offensichtlich. Nicht zuletzt diesem Streben hat es die Arbeiterschaft zu verdanken, daß sich Prozesse vollzogen haben, die mit dem Begriff „Individualisierung“ bezeichnet werden: die Auflösung beengter Wohnverhältnisse, in der Regel auf die Wohnküche beschränkt, und der eigenständige Erwerb von Wohneigentum; die zunehmende Teilnahme am Bildungssystem, die über

¹⁷ Koslowski, S. 154.

¹⁸ K. Tenfelde, Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, FAZ v. 7. 3.1988.

den beruflichen und sozialen Status einer Person entscheidet; die Herausbildung eigenständiger Lebensstile, die nicht mehr identisch sind mit einem kollektiv erfahrenen Lebensschicksal; die tendenzielle Verwischung der beruflichen und sozialen Unterscheidung in Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten. Die im Verlaufe dieser Entwicklung erfolgte Auflösung spezifischer Vereinsformen der Arbeiterbewegung und die soziale Vielschichtigkeit gegenwärtiger kollektiver Zusammenschlüsse haben die Arbeiterkultur von der anderen, der organisatorischen Seite her aufgeweicht. Wenn auch die Klassenstruktur kapitalistischer Gesellschaften beibehalten ist, reicht diese allein heute nicht mehr dazu aus, die ohnehin am Bürgertum orientierte Arbeiterschaft zu eigenständigen Kulturformen anzuregen.

Versteht man den Begriff Arbeiterkultur enger, nicht als spezifische Lebensweise lohnabhängiger Personen, sondern als Summe künstlerischer und wissenschaftlicher Werke von abhängig Beschäftigten, die sich in erkennbarer Weise von ihrem bürgerlichen Gegenstück unterscheiden, dann wird es noch schwieriger, den Begriff mit Leben zu füllen. Einmal deshalb, weil der einzigartige Gegenstand künstlerischer oder wissenschaftlicher Beschäftigung mit der fundamentalen Veränderung kapitalistischer Arbeitsformen weitgehend entfallen ist. Arbeiterromane, die die Mühsal der Arbeiterexistenz in einem Stahlwerk beschreiben würden, wären deshalb unangemessen, weil Arbeit nurmehr einen Teil des sozialen Lebens eines Menschen ausmacht. Und zum anderen versperrt die Tatsache, daß künstlerische und wissenschaftliche Werke, die sich ausdrücklich dem Proletariat verschrieben haben (wie die von Bertolt Brecht und Karl Marx), heute zum Alltag des Kunst- und Wissenschaftsbetriebes gehören, den Weg zu einer eigenständigen Arbeiterkultur. Der provokative Stachel, der diesen Werken einst anhaftete, ist heute zur historisch überholten Erinnerung an eine überwundene Phase kapitalistischer Entwicklung geworden. Die Unterscheidung in bürgerliche und proletarische Wissenschaft und Kunst gehört, wenn sie je eine Berechtigung hatte, der Vergangenheit an.

Versagt der Rückgriff auf historische Formen der Arbeiterkultur zur Bestimmung dessen, was heute ein spezifischer Beitrag der Gewerkschaften zur Kultur eines Landes sein könnte, dann müssen eigenständige Annäherungen an das Thema versucht werden. Geht man davon aus, daß angesichts zunehmend geringer werdender Arbeitszeit und damit nachlassender Bedeutung von Arbeit für die Lebenssituation von Menschen die Auseinandersetzung darüber, wer die politische Kultur eines Landes bestimmt, immer größere Bedeutung erlangt, dann muß sich eine gewerkschaftliche Kulturpolitik zunächst mit den herrschenden Formen kulturellen Bewußtseins auseinandersetzen. Ein an der Problemlösung moderner Gesellschaften orientierter Kulturbegriff wird deshalb keinesfalls der Argumentation derer folgen können, die Kultur als Kompensation von Modernisierungsrisiken betrachten. Vielmehr ist umgekehrt davon auszugehen, daß die komplexe Problemlage moderner Gesellschaften auch das Thema der politischen Kultur der Gewerk-

schaften ist. Nicht nur die Befreiung des Menschen, wie Negt schreibt,¹⁹ ist damit Gegenstand der politischen Kultur, sondern gleichermaßen die Erhaltung seiner natürlichen Ressourcen. Anders als der klassische Aufklärungsbegriff, der auf die Aufhebung sozialer Ungleichheit zielte, muß heute Aufklärung auch einen erhaltenden, konservativen Aspekt haben. Wenn in modernen Gesellschaften Aufklärung nicht allein die Bewußtmachung von Herrschaftsverhältnissen bedeutet, sondern auch die Erkenntnis, daß als ein Resultat von Aufklärung diese Gesellschaften an der Zerstörung von Natur scheitern können, dann ist die *Aufklärung der Aufklärung* das zentrale Thema der politischen Kultur.²⁰ In der Einsicht, daß die Aufklärung gesellschaftliche Verhältnisse hervorgebracht hat, die diese stets rückgängig zu machen drohen, besteht das besondere Problem der politischen Kultur heute. Dieses Dilemma jeder Aufklärungskonzeption ist der Grund dafür, daß gegenaufklärerische, postmoderne Kulturkonzeptionen vielfach erfolgreich sind.

Ist Aufklärung über die komplexe Problemlage moderner Gesellschaften das zentrale Thema der politischen Kultur, dann läßt sich angeben, wogegen sie argumentieren muß. Sie muß sich zunächst gegen Versuche der *Entpolitisierung sozialer Probleme* richten, an denen eine zunehmend einflußreicher werdende Bewußtseinsindustrie Interesse hat. Private Medien sind ebenso an dieser Entpolitisierung beteiligt wie öffentliche Medien, für die Aufklärung über Probleme moderner Gesellschaften, wenngleich in der Bundesrepublik noch stärker als in anderen Ländern, nicht im Zentrum der Tätigkeit steht. Die mit der Entpolitisierung einhergehende *Privatisierung sozialer Beziehungen* unterstützt die Tendenz zur Nicht-Thematisierung der Probleme moderner Gesellschaften. Ein gewerkschaftlicher Beitrag zur politischen Kultur muß deshalb beiden Tendenzen entgegenarbeiten, indem er sich an der *Erhaltung beziehungsweise Herstellung einer politischen Öffentlichkeit* beteiligt. Dies freilich wirft für Gewerkschaften ein diffiziles Problem auf. Denn als Institutionen, die die soziale Situation einer gesellschaftlichen Gruppe verbessern wollen, sind Gewerkschaften klassenspezifisch. Wollen sie in einer politischen Öffentlichkeit in kontroverser Weise an der Diskussion von Modernisierungsproblemen erfolgreich teilhaben, dann müssen sie die Form eines solchen Diskurses akzeptieren. Diskussionspartner sind, wie kontrovers auch immer sie debattieren, in modernen Gesellschaften keine politischen Gegner, auf deren argumentative Vernichtung man sich konzentriert, sondern Personen, von deren abweichender Meinung die eigene Meinungsbildung entscheidend abhängt. Wenn der Ausgangspunkt der Argumentation zutreffend ist, daß eine Besonderheit moderner Gesellschaft in der Ungewißheit angemessener Problemlösungen besteht, dann ist die Akzeptanz von Kontroversen eine wesentliche Bedingung der politischen Kultur eines Landes. Wie wenig die Gewerkschaften auf eine so verstandene politische Kultur vorbereitet sind, wurde im Rahmen der Auseinandersetzung über Arbeitszeitverkürzung ohne

19 O. Negt, *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit*, Frankfurt/M. 1984, S. 148.

20 J. Rösen u.a. (Hrsg.), *Die Zukunft der Aufklärung*, Frankfurt/M. 1988.

Lohnausgleich (sogenannte Lafontaine-Debatte) deutlich, auf deren machtpolitischen Ausgang die Gewerkschaften noch immer stolz zu sein scheinen. Beispiel für einen gelungenen öffentlichen kontroversen Dialog hingegen bot der Zukunftskongreß der Industriegewerkschaft Metall Ende Oktober 1988. Das darin sichtbar werdende widersprüchliche Verhalten der Gewerkschaften im Umgang mit Kritikern zeigt, daß sie das Formproblem einer politischen Kultur erkannt haben, ohne bereits über ein angemessenes Verhaltensrepertoire zu verfügen.

IV.

Arbeit und Kultur können auf wenigstens drei Ebenen eine Beziehung eingehen, für die es bislang an akzeptablen Vorbildern mangelt: auf der Ebene betrieblicher Organisation von Arbeit, im Bereich gewerkschaftlicher Tätigkeit und in der Sphäre der Nicht-Arbeit, der Freizeit.

1. Was kulturelle Aktivitäten in der *Freizeit* betrifft, sind wenigstens drei Modelle vorstellbar. Das erste bleibt der Arbeitszeit, dem Betrieb, noch in einer bestimmten Weise verhaftet. Das Modell der betrieblichen Kulturzeit geht davon aus, daß die gewerkschaftlich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung nicht ausschließlich an die betroffenen Arbeitnehmer in Form individueller Freizeit geht, sondern daß ein Teil davon, etwa zwei Stunden in der Woche, als kulturelle Freizeit im Betrieb verbracht wird.²¹ Arbeitnehmer finden sich nach diesem Modell im Betrieb zu kulturellen Aktivitäten (wie etwa Theater, Kabarett, Orchester, Chor, Malgruppen, Diskussionszirkel usw.), die von Künstlern, Wissenschaftlern oder Journalisten geleitet werden, zusammen. Bei dieser Form kultureller Aktivität können Arbeitnehmer, die sich ausschließlich aus Arbeitszusammenhängen kennen, neuartige Erfahrungen miteinander machen. Ein zweites Modell kultureller Tätigkeit außerhalb der Arbeitszeit knüpft an lokale und kommunale Aktivitäten im Stadtteil oder Wohngebiet an. Schon einmal, freilich unter vollständig anderen Bedingungen, war der Wohnort Organisationsprinzip der Gewerkschaften. Der Herausbildung des industrieverbandlichen Organisationskonzepts, in dem der Betrieb Kriterium der Organisierung ist, entsprach den Erfordernissen tayloristischer Massenproduktion. Heute hingegen, wo die Bedeutung von Arbeit für die Lebensform von Menschen zurücktritt, können kulturelle Aktivitäten im Wohnbereich kollektive Zusammenhänge stiften, ohne die Kultur nicht denkbar ist.²² Bürgerinitiativen, in deren Rahmen sich häufig solche Aktivitäten bewegen, sind nicht zuletzt eine Organisationsform, die sich deshalb neben den etablierten Großorganisationen entwickelt hat, weil diese nicht flexibel genug sind, auf die Komplexität gesellschaftlicher Probleme zu reagieren. Freilich wird ein Engagement von Gewerkschaftsmitgliedern in lokalen Aktivitäten ohne Toleranz der zentralen Apparate gegenüber den vielschichtigen Gruppierungen nicht möglich sein. Auch in diesem Bereich

21 J. P. Rinderspacher, Neue Wege in der Zeitpolitik: Kultur-Zeit, in: Die Mitbestimmung 9/1987, S. 538 ff.

22 Negt, S. 154 ff.

werden sich die Gewerkschaften von den Vorstellungen verabschieden müssen, zentral gefaßte Beschlüsse ließen sich nach unten exekutieren. Und schließlich ist ein weiteres Modell gewerkschaftlicher Kulturpolitik außerhalb der Arbeitszeit denkbar: Es besteht darin, daß Gewerkschaften ihren Mitgliedern die intellektuellen und sinnlichen Kompetenzen vermitteln, an den Veranstaltungen der traditionellen bürgerlichen Kultur teilzunehmen.

2. Kulturelle Aktivitäten *innerhalb des Betriebes* bleiben schon deshalb begrenzt, nimmt man einmal das Modell der Kulturzeit aus, weil hierfür keine Zeit zur Verfügung steht. Und dennoch gibt es eine differenzierte, in der Regel von Unternehmern initiierte betriebliche Kulturpolitik, die auf die Einbindung des Arbeitenden in das Konzept der Unternehmerpolitik zielt. Herkömmlicherweise haben vorwiegend große Unternehmen kulturelle Aktivitäten als Medium der Integration von Arbeitnehmern in die Ziele ihrer Politik betrachtet. Das Spektrum solcher Aktivitäten reicht vom Betrieb von Kantinen über Sportvereine bis zur Gründung musikalischer Gruppen. Heute findet man in großen Dienstleistungsunternehmen, wie etwa bei der Deutschen Bank in Frankfurt am Main, Ausstellungen moderner Künstler, die mit dem öffentlich deklarierten Ziel veranstaltet werden, die Beschäftigten an moderne Malerei heranzuführen.²³ Eine gewerkschaftliche Kulturpolitik sollte dem nicht ohne eigene Aktivitäten begegnen, wenngleich sie sich stets ihrer begrenzten Möglichkeiten bewußt sein muß. Eigene Ausstellungen könnten die betrieblichen Interessenvertreter ebenso organisieren wie dies derzeit die Unternehmensleitung tut. Der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Kulturpolitik wird freilich nicht in diesem Bereich liegen.

3. Am folgenreichsten für eine Entwicklung, die der hier vertretenen These folgt, könnte die Herausbildung einer spezifischen Kultur *innerhalb der Gewerkschaften* sowie ihrer Handlungsbereiche sein. Zunächst käme es darauf an, die Aktivitäten, die traditionellerweise in Gewerkschaften existieren, nicht nur thematisch zu erweitern (etwa auf Moderne Musik, Malerei usw.), sondern vor allem sie von der Einbindung in gewerkschaftliche Kampfziele zu befreien. Wenngleich dies durchaus stattfinden kann, wird sich jedoch eine autonome politische Kultur in den Gewerkschaften dann nicht herausbilden, wenn sich kulturelle Aktivitäten an Verbandsbeschlüssen orientieren müssen. Für eine umfassende Neuorientierung gewerkschaftlicher Interessenvertretung wäre die Herausbildung einer Kommunikationskultur von allergrößter Bedeutung, die nicht - wie es heute in der Regel der Fall ist - Kontroversen durch machtpolitische Arrangements zu unterdrücken und vor allem geheim zu halten versucht, sondern die jeden öffentlich diskutierten Konflikt als Möglichkeit zum Lernen versteht, ohne das keine Problemlösungen möglich sind. Der Weg zu Gewerkschaften als „Diskursorganisationen“, wiewohl objektiv erforderlich,²⁴ ist freilich deshalb weit, weil es zu ihrem überkommenen

23 M. Binas, Soll und Haben. Eine Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist bei der Deutschen Bank, in: Der Frankfurter, H. 4/1988, S. 52 ff.

24 H. Kern, Die Tarifbewegung der Zukunft — Öffentlichkeit, Mitgliederbeteiligung und Kampf formen. Einführungsreferat auf dem tarifpolitischen Diskussionsforum der IG Metall vom 20. bis 22. 6. 1988, S. 38.

Selbstverständnis gehört, „geschlossen“, ohne die Sichtbarkeit interner Debatten, nach außen aufzutreten. Die industrielle Phase der Massenproduktion mag zentrale, einheitlich auftretende Gewerkschaften notwendig gemacht haben, um tarifpolitische Erfolge zu erreichen. Heute hingegen, wo Gewerkschaften erst wieder eine Verbandsidentität herausbilden müssen, ist ein solches „Kulturverständnis“ hinfällig. Wollen die Gewerkschaften sich für eine „andere Zukunft“ präparieren, dann wird dazu auch die Errichtung einer innerverbandlichen Diskussionskultur gehören, die von öffentlichen ausgetragenen Kontroversen lebt.

Ansatzpunkte für eine innerverbandliche und zwischenverbandliche politische Kultur stellten Referenten auf dem tarifpolitischen Diskussionsforum der Industriegewerkschaft Metall 1988 vor. Dort wurde nicht nur die Idee vorgebracht, Gewerkschaften müßten für ihre Mitglieder, die in keinem „Normalarbeitsverhältnis“ stehen (Arbeitslose, Beschäftigte in prekären Arbeitsverhältnissen), kulturelle Initiativen ergreifen. Vorgeschlagen wurde auch, Tarifverhandlungen plebiszitär vorzubereiten und sie auch zur „öffentlichen Aufklärung sozialer Problemlagen“ einzusetzen. Arbeitskämpfe müßten nicht mehr ausschließlich eine Demonstration von Macht sein, sie könnten auch wie ein „teach in“ der Diskussion von Problemen dienen. „In diesem Sinne wird die Tarifbewegung der Zukunft... sich in dem Maße entfalten, wie sie zugleich zur sozialen und kulturellen Bewegung wird.“²⁵ Wenngleich diese Überlegungen nicht repräsentativ für gewerkschaftliches Denken Ende der achtziger Jahre sind, zeigt doch bereits die Tatsache, daß sie öffentlich auf einer gewerkschaftlichen Veranstaltung vorgetragen werden können, daß es ein Interesse an innerverbandlichen Veränderungen gibt, das weit über das hinausgeht, was in den vergangenen Jahrzehnten existierte.

V.

Brechen wir diese Überlegungen ab und fragen abschließend, welche Bedeutung kulturelle Initiativen der Gewerkschaften, unterstellt einmal sie entwickelten sich in dem skizzierten Umfang, für die Zukunft moderner Gesellschaften haben werden. Im Rahmen dieser Frage wird die These vertreten, die bürgerliche Gesellschaft befinde sich derzeit im Übergang von der Dienstleistungsgesellschaft, die die Produktionsgesellschaft abgelöst hat, „zu einer Kulturgesellschaft, in der die Frage nach der individuellen Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums zum vordringlichen Strukturproblem geworden ist“.²⁶ Der Begriff Kulturgesellschaft bezeichnet eine soziale Konstellation, in der die klassischen Institutionen der Sinnstiftung, Religion und Politik, ihre Wirkungskraft verloren und an die Kultur abgegeben haben. Als Mittel zur Sicherung der Massenloyalität ist Kultur heute allenthalben gefragt, besonders von den politischen Gruppen, die das Projekt der Aufklä-

25 H. Schauer, Die Tarifpolitik der Zukunft. Thesen zum gewerkschaftlichen Diskussionsstand, Tarifpolitisches Diskussionsforum der IG Metall vom 20. bis 22. 6.1988, S. 22.

26 D. Kamper u. a., Tendenzen der Kulturgesellschaft. Eine Diskussion, in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 67-68/1988, S. 56.

rung für erledigt erklären. Doch in einer Situation, in der sich „die kulturellen Orientierungen der breiten Bevölkerung neu formieren“²⁷, öffnen sich nicht nur dem Neokonservatismus bislang ungewohnte Wege der Kompensation von Modernisierungsproblemen, sondern „die Kultur kann eine verkrustete Politik unterspülen“²⁸ und Wege freimachen für die öffentliche Thematisierung der Probleme moderner Gesellschaften. Indem Kultur in modernen Gesellschaften ein Medium darstellt, in dem die Individuen spezifische Lebensstile herausbilden können, anders formuliert: indem Kultur die Individualisierung in modernen Gesellschaften unterstützt, wird sie zugleich zu einer Institution, an der sich die offensichtlichen Probleme dieser Gesellschaften (Umweltzerstörung, Zerfall traditioneller politischer und kultureller Institutionen) um so drastischer offenbaren. Je kulturell verfeinerter die Sinne der Menschen ausgebildet sind, desto krasser nehmen sie die Strukturprobleme der Gesellschaft wahr. Daraus auf einen vergrößerten Handlungsdruck schließen zu wollen, wäre sicherlich verfehlt. Doch man würde die Besonderheiten der gegenwärtigen sozialen Situation verkennen, wenn man nicht sähe, daß die kulturelle Differenzierung des Urteilsvermögens von Menschen ihre Sensibilität auch in sozialen Fragen erhöht. Und da sich Kultur stets im Medium der Öffentlichkeit ereignet, scheint die These plausibel, daß wir derzeit eine Renaissance kultureller Öffentlichkeit erleben, die sich nicht Prinzipien gegen die Thematisierung der Probleme moderner Gesellschaften sperrt, wenngleich nicht zu übersehen ist, daß Kultur häufig den Regeln einer Theaterinszenierung folgt, mehr auf das Ereignis als auf die Erfahrung setzt. („Ganze Innenstädte sind zu Bühnen geworden.“)

In einer Gesellschaft, die trotz zunehmender Bedeutung von Kultur kapitalistische Gesellschaft bleibt, könnten gerade Gewerkschaften nach innen wie nach außen einen Beitrag dazu leisten, daß sich die kritischen Elemente, die Kultur stets enthält, stärker gegenüber den Förderern von Kultur entfalten, die den „Weg in die Kulturgesellschaft“²⁹ als einen Pfad begreifen, auf dem sich geruhsam, allein mit hedonistischem Konsumentenblick wandern läßt. Freilich werden sie einen solchen Beitrag allein im Zusammenhang mit solchen Institutionen leisten können, die heute die sensibelsten Beobachter moderner Gesellschaften sind: die Frauenbewegung und Gruppen, die sich entlang den Themen „Umwelt“ und „Frieden“ organisieren. Deren Infragestellen traditioneller Gegenstände und Organisationsformen von Politik erschüttert zwar den über hundertjährigen normativen Grundbestand der Gewerkschaften. Von ihnen aber läßt sich mehr darüber lernen, wie die Probleme moderner Gesellschaften angegangen werden können, als durch den Rückgriff auf Organisationserfahrungen, der den Weg zu Problemlösungen eher verstellt, als ihn befreiend zu öffnen.

27 J. Habermas, Die neue Intimität zwischen Politik und Kultur. Thesen zur Aufklärung in Deutschland, in: Merkur, H. 2/1988, S. 155.

28 Ebda.

29 B. Wagner, Auf dem Weg in die Kulturgesellschaft. Die „neue Kulturpolitik“ der 70er und 80er Jahre, in: Kommune, H. 6,7, 8/1988.

